

# Postkartenaktion für Kitas und Tageseltern

Der Kanton soll nicht nur zehn, sondern **dreissig Prozent** der Kosten der Kindertagesstätten und Tagesfamilien übernehmen: Dies fordern verschiedene Verbände. So könne das Angebot an familienexterner Kinderbetreuung im Kanton harmonisiert und professionalisiert werden.

NICOLE JEGERLEHNER

Als Staatsrätin Anne-Claude Demierre vor knapp einem Monat den Entwurf zum Gesetz über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen vorstellte, sprach sie von einem «Vorzeigeprojekt dieser Legislatur» (FN vom 12. März). Das sehen nicht alle so: Der Freiburger Krippenverband, der Verband Freiburgerischer Tagesfamilien, der Tageselternverein Saane und der Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD der Region Freiburg machen mobil gegen den Gesetzesentwurf.

## Postkarten fürs Parlament

Sie fordern eine stärkere finanzielle Beteiligung des Kantons an den Kosten für Kindertagesstätten (Kita) und Tageseltern. Im Gesetzesentwurf schlägt der Kanton eine Beteiligung von zehn Prozent an den Kosten vor (siehe auch Kasten). Die Vertreterinnen der Kindertagesstätten und Tagesfamilien sowie der Gewerkschaft fordern jedoch, der Kanton solle 30 Prozent der Kosten übernehmen.

Mit einer Postkarten-Aktion sammeln sie nun Unterschriften. «Investieren wir in unsere Kinder und die Zukunft», steht

auf den pinkfarbenen Karten. Darauf werden mehr und mehr zahlbare Betreuungsplätze für Kinder gefordert. Die Karten werden am Schluss dem Grossen Rat übergeben; er stimmt über den Gesetzesentwurf ab.

Der Kanton Freiburg weise zurzeit ein Vermögen von 817 Millionen Franken auf, sagte Annette Wicht vom Krippenverband gestern vor den Medien. «Er könnte problemlos 30 Prozent der ausserfamiliären Betreuungskosten übernehmen.» Das mache jährlich etwa 15 Millionen Franken aus.

## «Nicht ambitiös»

Den Initiantinnen geht es um mehr als die verstärkte Finanzierung durch den Kanton. «Der Gesetzesentwurf ist nicht ambitiös genug und verfehlt die Zielsetzungen einer modernen Familienpolitik», sagte Wicht. Sie wünscht sich durch eine grössere Partizipation des Kantons ausgeglichene Eltern- und Löhne im ganzen Kanton. «Heute variieren sie von Gemeinde zu Gemeinde, weil diese die Betreuungsplätze subventionieren», sagte Wicht.

Ihr ist auch die Ausbildung des Personals wichtig. «Wir bieten in den Kitas mehr als nur einen Kinderhütendienst.» Das Kind werde sozialisiert, in-



In der Kita schmeckt der Kuchen. Der kantonale Gesetzesentwurf aber passt nicht allen. Bild Keystone/a

## Zum Gesetz Neu zahlen Kanton und Wirtschaft

Bisher beteiligt sich der Kanton Freiburg nicht an der Finanzierung der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Mit dem «Gesetz über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen» soll sich dies ändern. Der Staatsrat schlägt vor, dass der Kanton künftig «zehn Prozent der durchschnittlichen Kosten der subventionierten Einrichtungen» übernimmt – also der Kindertagesstätten und der Tagesfamilien. Neu sollen sich auch die Arbeitgeber beteiligen: mit einem Beitrag in der Höhe von 0,4 Promille der Lohnsumme. Die Gemeinden sollen 30 Prozent der Kosten übernehmen. n/b

tegriert und erzogen. Dazu brauche es qualifiziertes Personal. «In den neuen Richtlinien gelten aber weniger strenge Vorschriften für das Personal», sagte Wicht. Und der Gesetzesentwurf sehe vor, dass der Kanton künftig weniger an die Aus- und Weiterbildung zahle.

Laut Wicht gibt es heute im Kanton Freiburg rund 1200 Kita-Plätze. «Und gut 1900 Plätze fehlen.» Dies bestätigten an der Medienkonferenz auch drei Mütter, die vom jahrelangen Warten auf einen Kita-Platz oder eine Tagesmutter erzählten. «Ich habe mein Kind eingeschrieben, sobald ich wusste, dass ich schwanger war», sagt Natacha Sanglard. «Ich wartete aber eineinhalb Jahre auf einen Platz.» Die meisten ihrer Freundinnen jedoch hätten noch immer keine Lösung gefunden. «Ihre Eltern hüten die Kinder – nicht weil

sie das so wollen, sondern weil es anders einfach nicht geht.» Auch Milka Miskovic wartete fast ein Jahr auf einen Kita-Platz. «Ich hatte eine 100-Prozent-Stelle, habe aber nur an drei Tagen einen Kita-Platz», sagt sie. «Ich musste meine Arbeitszeit reduzieren.»